ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Simonis, Udo E.

Book Part

Arbeitslosigkeit - warum? Technologie, Investitionsstruktur, Umwelt und Wirtschaftspolitik

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1984) : Arbeitslosigkeit - warum? Technologie, Investitionsstruktur, Umwelt und Wirtschaftspolitik, In: Gerd Michelsen (Ed.): Der Fischer Öko-Almanach: Daten, Fakten, Trends der Umweltdiskussion - 1984/1985, ISBN 3-596-24093-X, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M., pp. 405-420

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/122769

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WZB
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).
Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.
The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:
Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000 verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.
More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000.

B III Beschäftigung

Udo Ernst Simonis

6. Arbeitslosigkeit – warum? Technologie, Investitionsstruktur, Umwelt und Wirtschaftspolitik

1. Neue Bedingungen des Wirtschaftens: Akute Problembereiche

Die gesamtwirtschaftliche Stabilität ist nun schon seit einem halben Jahrzehnt nicht mehr gewährleistet – und die Bedingungen des Wirtschaftens scheinen sich weiter drastisch zu verändern: Hohe und sogar zunehmende Arbeitslosigkeit geht einher mit stagnierendem und teilweise sinkendem Realeinkommen; die Inflation schreitet voran, und die Zahlungsbilanz ist nur noch bei wenigen Ländern in Ordnung. Aus den Problemen mit dem Wachstum ist inzwischen ein Wachstum der Probleme geworden. Zugleich hat vielerorts ein Nachzahlen für *»akkumulierte Altschulden«* begonnen: bei Investitionen in Realkapital und für Desinvestitionen beim natürlichen Kapital. Schäden werden teuer hervorgerufen und teuer behoben. Auf alle diese Herausforderungen scheint die Wirtschaftspolitik keine befriedigenden Antworten parat zu haben – vielleicht in der Theorie, aber (noch) nicht in der Praxis (→ Wirtschaft, S. 22ff). Von der Ökologie kann man lernen, daß Einzelfragen und -probleme in einem engen Zusammenhang zu sehen sind: Vieles, was einmal nebeneinander lag, ist aufgrund zunehmender Wechselwirkungen nur noch als vernetztes System sinnvoll begreifbar. Und so ist es auch in der Ökonomie. Warum also Arbeitslosigkeit?

Produktivitätszuwachs bei stagnierender Produktion

Eine wichtige Determinante der konkreten Beschäftigungssituation liegt im Verhältnis der jeweiligen Zuwachsraten von realem Bruttosozialprodukt (BSP) einerseits und der Arbeitsproduktivität andererseits. In der Bundesrepublik Deutschland und in anderen Industrieländern ist die betreffende Entwicklung inzwischen derart, daß die erstere rückläufig ist und gegen Null tendiert, die zweite aber bei über drei Prozent liegt und tendenziell ansteigt – zwischen *Produktivitätszuwachs* und *Produktionsanstieg* öffnet sich eine Schere, was zur Freisetzung von Arbeitskräften

führt. In diesem »Scheren-Dilemma« liegt ein erster Anhaltspunkt für ein nicht nur kurzfristiges, sondern langfristiges Beschäftigungsrisiko in der Gesamtwirtschaft. Die Crux des Produktivitätszuwachses bei stagnierender Produktion ist damit aber noch nicht aufgedeckt.
Generell betrachtet erscheint die Zunahme der Produktivität der Wirtschaft erstrebenswert, weil bei gleicher (bei verringerter) Anstrengung mehr an (gleich viel an) Gütern produziert werden kann. Gesellschaftlich wichtig ist dann allerdings die Frage, wie dieser Produktivitätseffekt konkret nutzbar gemacht wird: für Mehrproduktion (Konsumgüter, Investitionsgüter) bei gegebenem Arbeitseinsatz, für ein gegebenes Produktionsniveau mit verringertem Arbeitseinsatz (Verminderung der Intensität der Arbeitsbelastung, Verringerung der Arbeitszeit) oder für eine bestimmte Kombination von beidem. Gesellschaftlich kritisch wird der Produktivitätseffekt in zwei Fällen:

a) wenn die aufgrund zunehmender Produktivität mögliche Mehrproduktion nicht (mehr) wohlfahrtssteigernd wirkt (abnehmender Grenznutzen des Wachstums, »Leerlaufwirtschaft«),
b) wenn der Produktivitätszuwachs weder in Form verminderter Intensität der Arbeitsbelastung noch verringerter Arbeitszeit, sondern bei zunehmender Arbeitsbelastung und gleichzeitiger Freisetzung eines Teils der Arbeitskräfte erfolgt (»beschäftigungsloses Wachstum«, »strukturelle Arbeitslosigkeit«).

Der Produktivitätszuwachs der Wirtschaft ist also differenziert zu betrachten. Unter bestimmten Bedingungen führt er nicht zu konkret nutzbarer gesellschaftlicher Wohlfahrt, sondern zu Leistungsdruck und Existenzgefährdung: Während der eine (größere) Teil der Arbeiterschaft weiter, aber intensiver beschäftigt ist, wird ein anderer (kleinerer) Teil vom Produktionsprozeß ganz oder teilweise ausgeschlossen – der Begriff *»industrielle Reservearmee«* wird (erneut) gesellschaftlich relevant. Nicht ganz zu Unrecht wird in diesem Zusammenhang auch von einer »neuen Zweiklassengesellschaft« gesprochen – mit denen, die »drin« sind und den anderen, die »draußen« bleiben müssen, oder: mit denen, die voll- oder überbeschäftigt sind und den anderen, die unter- oder nichtbeschäftigt sind.

Veränderung der Investitionsstruktur

Der Produktivitätszuwachs der Wirtschaft wird von vielen Faktoren bestimmt. Neben dem allgemeinen Strukturwandel bei Produktion und Erwerbstätigkeit ist vor allem der »technische Fortschritt« als Erklärungsfaktor bedeutsam. In der aktuellen Debatte um die »Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen« zeigt sich, daß im Gefolge der Einführung neuer Technologien, wie zum Beispiel der Mikroelektronik, in einer Reihe von

Branchen Beschäftigungseinbrüche befürchtet werden (neue Technologien als »job-killer«) (Schön, S. 385ff). Darüber hinaus gehen die Vermutungen dahin, daß sich ein grundlegender technischer Wandel in Richtung einer raschen relativen Zunahme der *Rationalisierungsinvestitionen,* bei relativer Abnahme der *Erweiterungsinvestitionen* vollzieht. Dadurch werden im Endergebnis Arbeitskräfte ersetzt bzw. Arbeitsplätze vernichtet. Sinkende Arbeitsplatzsicherheit, bereichsweise berufliche Dequalifizierung, erhöhte Intensität der Arbeit bei gleichem oder vermindertem Realeinkommen, können negative Folgewirkungen sein; der »technische Fortschritt« wirkt dysfunktional, er wird zum gesellschaftlichen Rückschritt.

Ohne Zweifel hat jede länger andauernde Veränderung des Verhältnisses dieser beiden Investitionstypen Konsequenzen für den Nettobeschäftigungseffekt der volkswirtschaftlichen Investitionen. Eine wichtige Frage ist daher, welche Entwicklungen in bezug auf die Struktur des Investitionsvolumens im Gange sind oder sich für die Zukunft abzeichnen. Was die Bundesrepublik betrifft, so haben die Rationalisierungsinvestitionen in den 70er Jahren zwar nicht absolut, aber doch relativ zu Lasten der Erweiterungsinvestitionen zugenommen (→ Wirtschaft, S. 22ff). Es gibt vermutlich einen engen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit, Technologie und Investitionsstruktur: Wegen zahlreicher kapitalintensiver Großprojekte und wegen des für unproduktive Verwendungszwecke (Beispiel Rüstung) (→ Jungk, S. 353ff) bereitgestellten Kapitals ist der volkswirtschaftlich mögliche Nettobeschäftigungseffekt des Investitionsvolumens, wenn nicht systematisch, so doch stetig dezimiert worden. Bei staatlich geförderten Investitionsvorhaben liegt der Kapitaleinsatz pro Arbeitsplatz nicht selten beim Zehnfachen des in der Branche üblichen. Es gibt viele (zu viele) Beispiele, die zeigen, wie man mit hohem öffentlichen Aufwand wenig Arbeitsplätze schaffen kann. Mit der verstärkten Anwendung der Halbleitertechnik, dem weiteren Vordringen der Mikroprozessoren und dem Großeinsatz von Robotern der »zweiten und dritten Generation« wird sich die konkrete Struktur des volkswirtschaftlichen Investitionsvolumens weiter verändern und insofern eine grundsätzlich neue Bedingung der wirtschaftlichen Entwicklung schaffen.

Umweltbelastung und Rohstoffknappheit

Es wäre verfehlt, Rationalisierung nur als Substitution von Arbeit durch Kapital (Maschinen) zu begreifen. Es gibt nämlich Rationalisierungsinvestitionen, mit denen nicht der relative Einsatz von Arbeit, sondern der Einsatz von Energie und Rohstoffen reduziert wird: Geräte und Verfahren, die Energie und Rohstoffe wirkungsvoller einsetzen oder durch alternative Methoden Energie gewinnen und Rohstoffe konservieren (*»Steigerung der Energiedienstleistung«* [→ Energie, S. 127ff]). Wenn der technische Wandel stärker ökologisiert würde, das heißt mehr als bisher

auf Gebrauch und Wiederverwendung *(»Kreislaufwirtschaft«)* denn auf den Verbrauch und Durchfluß von Ressourcen orientiert *(»Durchflußwirtschaft«)* werden könnte, dann würde der wirtschaftliche Wachstumsprozeß stärker qualifiziert – die »Naturferne der Industriegesellschaft« würde (teilweise) überwunden, es wäre wieder einfacher, von technischem Fortschritt zu reden.
Eine dementsprechende, selektive Investitionsförderung würde dann nicht nur den (potentiellen) Konflikt zwischen Wirtschaftswachstum und Umwelt *(»umweltschädigendes Wachstum«)* reduzieren, sondern auch das (konstatierte) Spannungsverhältnis zwischen Wachstum und Beschäftigung *(»beschäftigungsloses Wachstum«)* beseitigen. Rohstoffrecycling, Energierückgewinnung, geschlossene Energie- und Rohstoffkreisläufe usw. und damit einhergehende neue Schwerpunkte in der Produktpalette können einen gesamtwirtschaftlich bedeutenden positiven Umschwung (Trendwende!) des Nettobeschäftigungseffektes der Investitionen bewirken. Die Energie- und Rohstofffrage müßte nicht mehr von so vielen als Bedrohung verstanden, sie könnte statt dessen als Chance für mehr Kreativität und Flexibilität in der Wirtschaft begriffen werden.
Noch für die 60er und die frühen 70er Jahre läßt sich sagen, daß in der Frage der Dauerhaftigkeit des Wirtschaftswachstums kein nennenswertes Problembewußtsein vorhanden war. So enthält zum Beispiel das »Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft« weder bei den Zielindikatoren noch bei den sonstigen Begrifflichkeiten Energie- und Rohstoffkategorien oder gar ökologische Kriterien. Die Verbesserung der Lebensbedingungen schien ohne »stetiges und angemessenes« Wirtschaftswachstum nicht vorstellbar. Daß die Lebensbedingungen durch quantitatives Wirtschaftswachstum auch nachhaltig gefährdet werden können, war zwar theoretisch vorformuliert und in Einzelfällen auch praktisch belegt, nicht aber ins allgemeine gesellschaftliche Bewußtsein gedrungen.
Die Frage der Einbeziehung des Schutzes der natürlichen Umwelt in den Zielkatalog der staatlichen Wirtschaftspolitik ist nach wie vor völlig offen. Auf welche Weise die *»Umweltstabilisierung«* als selbständiges Ziel neben das »Wirtschaftswachstum«, neben die »Preisniveaustabilisierung« und die »Vollbeschäftigung« treten könnte, ist bisher nur theoretisch aufgezeigt worden. Und was die praktische Umweltpolitik angeht, so folgt diese weiterhin einem sektoralen Ansatz: Sie versteht sich als Luftreinhaltungs-, Lärmbekämpfungs- und Abfallbeseitigungspolitik. Insofern ist sie Reparatur, Bremsung oder Verzögerung von wirtschaftlichen Teilprozessen, nicht aber Gestaltung und integraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik.

Einkommens- und Vermögensverteilung

Neue Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung ergeben sich gelegentlich auch aus alten Fragen. Eine davon ist die Verteilungsfrage. Wie immer man Gerechtigkeit definieren mag, niemand wird behaupten können, daß es gelungen sei, eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen herbeizuführen. Die einem marktwirtschaftlichen System eigene Tendenz zur Akkumulation und Konzentration von Geld und Kapital ist zwar durch eine Reihe von Maßnahmen gebremst worden; doch weder die staatliche Steuerpolitik noch die gewerkschaftliche Lohnpolitik haben das Verteilungsproblem – funktionell, personell oder geschlechtsspezifisch verstanden – einer Lösung nähergebracht. So hat sich in der Bundesrepublik selbst in der Zeit der sozial-liberalen Koalition an der Struktur der Einkommens- und Vermögensverteilung im wesentlichen nichts geändert. Sozialerhebungen der letzten Jahre haben deutlich gemacht, daß auch das Problem der absoluten Armut in den Industrieländern keineswegs beseitigt worden ist, sondern in großem (zunehmendem?) Maße für bestimmte gesellschaftliche Gruppen fortbesteht. Inzwischen gelten der (Wieder-)Abbau des Sozialstaats und die Begünstigung der Gewinneinkommen als beschlossene Sache, was nur eine Verschärfung des Verteilungsproblems *(»Umverteilung von unten nach oben«)* zur Folge haben kann (→ Hödl/Seifert, S. 421ff).
Bei rückläufigen Wachstumsraten der Wirtschaft muß daher die Verteilungsfrage neu aufbrechen. Die Gründe hierfür lassen sich in zwei knappen Sätzen umschreiben: »Wirtschaftswachstum ist ein Ersatz für die Forderung nach einer gerechten Einkommensverteilung. Solange die Wirtschaft wächst, besteht Hoffnung; und dies läßt große Einkommensunterschiede erträglich erscheinen.«
Die Wirtschaftspolitik herkömmlicher Art gerät bei niedrigeren Wachstumsraten (bei »Nullwachstum«) daher in ein Dilemma: Eine stärkere Betonung marktwirtschaftlicher Prinzipien ist in bezug auf die Verteilungsfrage nicht zieladäquat, eine stärkere Betonung staatlicher Interventionen wird dagegen als nicht systemadäquat angesehen werden.

Außen- und binnenwirtschaftliche Ausgleichsmechanismen

Neue Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung ergeben sich auch aus dem Wegfallen bisher wirksamer Ausgleichsmechanismen. So waren z.B. die 60er und 70er Jahre für die deutsche Wirtschaft bekanntermaßen mit einem raschen Anstieg der Auslandsnachfrage verbunden; konjunkturelle Einbrüche der Binnennachfrage wurden hierdurch jeweils ganz oder teilweise wettgemacht. Im Gefolge dieser Entwicklung hat insbesondere die Bundesrepublik einen außerordentlich hohen Grad der Außenverflechtung erreicht, der bei über 30% des BSP liegt (bei einzelnen Industriezweigen liegt diese Quote sogar bei über 50%). Die Überkompensie-

rung binnenwirtschaftlicher Absatzprobleme durch die Eroberung von Auslandsmärkten war jedoch schon in der Vergangenheit zweischneidig: Dem positiven Beschäftigungseffekt (»zusätzliche Arbeitsplätze«) standen ein negativer Preiseffekt (»importierte Inflation«) und der Effekt einer zunehmenden Abhängigkeit vom Ausland *(»importierte Dependenz«)* gegenüber (→ Wirtschaft, S. 22f).

Für die Zukunft steht nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Wünschbarkeit einer weiteren Zunahme der außenwirtschaftlichen Verflechtung (»Intensivierung der internationalen Handelsbeziehungen«) zur Diskussion: Während die importierte Inflation aufgrund unausgeglichener Handelsbilanz einer importierten Inflation aufgrund von Preissteigerungen bei einigen Rohstoffen (insbesondere Öl) gewichen ist, ist eine Intensivierung des weltwirtschaftlichen Wettbewerbs von seiten alter und junger Industrieländer eingetreten. Zusammen mit vielen ungelösten Problemen des Weltwährungssystems *(»Entwicklungsländer in der Finanzkrise«)* erhöht dies die Wahrscheinlichkeit eines sich verschärfenden handelspolitischen Protektionismus, den aber, wegen der Wiederholungswirkungen, nicht alle Sektoren (z.B. Schiffbau, Bergbau, Stahl) und Regionen der Wirtschaft (z.B. Schleswig-Holstein, Saar) ohne weitere Beschäftigungseinbußen überstehen werden.

Da der weiteren Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Exportquote also Grenzen gesetzt sind, erfordert die (Wieder-)Herstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts einen Strukturwandel der Handelsbilanz, unter anderem darf die nationale »Energie-Rechnung« nicht weiter ansteigen. Da eine nationale Einflußnahme auf die Importpreise aber kaum besteht, bzw. nicht angestrebt wird, heißt dies vor allem, Ernst zu machen mit der relativen (und absoluten) Einsparung von Rohstoffen und Energie.

Während die beschäftigungsmäßige Ausgleichsfunktion des Exports an Industrieprodukten in der Zukunft also eher eingeschränkt erscheint, ist die der Dienstleistungen binnen- wie auch außenwirtschaftlich gesehen offen. In der Vergangenheit stand bei den professionellen privaten wie öffentlichen Dienstleistungen einem *unter*durchschnittlichen Wachstumseffekt ein *über*durchschnittlicher Beschäftigungseffekt gegenüber: Der Dienstleistungssektor und der Industriesektor waren in diesem Sinne gesamtwirtschaftlich komplementär. Die zukünftige Bedeutsamkeit dieser Ausgleichsfunktion der professionellen Dienstleistungen ist in erheblichem Maße abhängig von Tempo und Struktur des allgemeinen technischen Wandels und der Durchsetzung von Modellösungen (wie: flexiblere Arbeitsvertragsarten, beschäftigungsmäßige Aktivierung der Einkommensdifferenzen, Abschaffung oder Zweckbindung des Zulagewesens, job-sharing, Verkürzung der Wochenarbeitszeit oder sonstige Neuregelungen der Arbeitszeitverteilung) – ein Korridor des beschäftigungspolitischen Handelns, den wesentlich der Staat schafft oder sich durch (vermeintlichen) Druck zur Re-Privatisierung der Wirtschaft nehmen läßt.

Von der Frage der praktischen Umsetzung von Modellösungen einmal

abgesehen, liegt in bezug auf die beschäftigungspolitische Bedeutung des Dienstleistungssektors eine gewisse Einäugigkeit vor: Mit der Professionalisierung der Dienstleistungen (»tertiärer Sektor«) wurde die Bedeutsamkeit der Eigenarbeit (selbstverantwortete Arbeit) und der Nachbarschaftsarbeit (kooperative Hilfe) lange Zeit völlig verkannt. Die vielfältigen Entwicklungen, die inzwischen in Begriffen wie »Vierter Sektor«, »Schattenwirtschaft«, »Ent-Professionalisierung«, »Dualwirtschaft« (→ Öko-Almanach 1980, S. 346ff) usw. zum Ausdruck kommen und den (erneuten) *Ausbau des informellen Wirtschaftssektors* meinen, wurden in ihrer Bedeutung für die Wohlfahrt und das Wohlbefinden der Bevölkerung systematisch unterbewertet. Sie werden gelegentlich auch allzu voreilig und nuancenlos (»Schwarzarbeit«) diskreditiert.

Veränderung der Präferenzstrukturen und Wertewandel

Liegt in diesen und anderen Verschiebungen der individuellen und gesellschaftlichen Präferenzen eine weitere neue Bedingung für die Arbeitslosigkeit bzw. für das zukünftige Beschäftigungspotential der Wirtschaft? Als Ausschau nach sich wandelnden objektiven Faktoren verstanden, mag die Suche nach neuen Bedingungen zu früh enden. Beschäftigung sollte nicht nur (wieder) möglich, sie sollte auch wünschenswert und sinnvoll sein.

Auf der Grundlage des Erreichten mag für viele das, was fehlt oder abhanden gekommen ist, einen höheren Stellenwert erhalten. Teile der Gesellschaft beginnen sich zunehmend an nichtmateriellen Werten zu orientieren – so zum Beispiel an mehr Freizeit (»teilweise freiwillige Arbeitslosigkeit«) und/oder an qualitativ besserer Beschäftigung (»Humanisierung der Arbeit«). Das aber heißt, daß der Begriff »Beschäftigung« selbst zur Diskussion gestellt ist und neu definiert werden müßte; daß es in der beschäftigungspolitischen Diskussion nicht allein oder vor allem um mehr Beschäftigung durch mehr Arbeitsplätze, sondern um sinnvolle Beschäftigung und bessere Arbeit gehen sollte – um *»gesellschaftliche Aufwertung der unbezahlten Arbeit«* und um *»qualitative Rehabilitation und Rekultivierung der bezahlten Arbeit«* (→ Schön, S. 385ff).

Objektiv besehen verliert Beschäftigung an Sinn, wenn die realen Kosten der Beschäftigung die realen Erträge übersteigen, oder wenn die persönlichen »Folgekosten« größer werden als die individuell zufließenden Lohnzuwächse. Subjektiv besehen mag (weitere) Beschäftigung an Sinn verlieren, wenn der (zusätzliche) Nutzen (Arbeitszufriedenheit), den sie stiftet, negativ wird, oder wenn der Nutzen, der aus Arbeit entsteht, den Nutzen aus zusätzlicher Freizeit nicht aufwiegt. Es ist eine offene Frage, ob und wo in der Wirtschaft diese Schwellen der »Rationalität der Beschäftigung« überschritten sind – also: »Mehr Lebensqualität durch weniger Arbeit?«

Herausforderung an die Wirtschaftspolitik: ein Fazit

Als Fazit aus dem bisher Gesagten ließe sich festhalten, daß eine Reihe von Wandlungen eingetreten sind, die sich als grundsätzlich neue Bedingungen des Wirtschaftens interpretieren lassen:

- Die Erfahrung, daß quantitatives Wachstum auch Existenzgrundlagen gefährden kann (»Beschäftigungsproblem«, »Technologieproblem«, »Umweltproblem«).
- Die Erkenntnis, daß bestimmte Rohstoffe absolut knapp zu werden beginnen (»Rohstoffproblem«) und gewisse Belastungskapazitäten überschritten sind (»Umweltproblem«, »Intensivierung der Arbeit«).
- Die Vermutung, daß rasch steigenden Grenzkosten der Produktion und der Arbeit sinkende Grenznutzen gegenüberstehen (»Wohlfahrtsproblem«).
- Die Einsicht, daß Wachstum an sich noch keine Garantie für die Verbesserung der Einkommens- und Vermögensverteilung bietet und ausbleibendes Wachstum sie verschlechtert (»Verteilungsproblem«).

Diese Erfahrungen, Erkenntnisse, Vermutungen und Einsichten stellen ohne Zweifel eine massive Herausforderung an die Wirtschaftspolitik dar, für wie bedeutsam auch immer (relativ und absolut) man eines der in Zusammenhang zueinander stehenden Einzelprobleme halten mag.

2. Neue Bedingungen des Wirtschaftens: Wirtschaftspolitische Strategien

Welche Impulse sind von der Erfahrung mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit und aus den Erkenntnissen, Vermutungen und Einsichten über die Unzulänglichkeiten des bisherigen Wirtschaftens auf die Diskussion um die richtige wirtschaftspolitische Strategie ausgegangen?

Marktpolitik neoklassischer Art

Noch bis zur Mitte der 70er Jahre war die wirtschaftspolitische Willensbildung in den meisten Industrieländern von keynesianischem Denken geprägt. So war zum Beispiel die rasche Überwindung der 67er Rezession in der Bundesrepublik wesentlich der keynesianischen antizyklischen Fiskalpolitik zugeschrieben worden. Mit den in den 70er Jahren (vermeintlich oder tatsächlich) deutlicher werdenden Schwächen der Globalsteuerung bei der Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit erfuhr jedoch neoklassisches Denken national und weltweit eine unerwartet kräftige Renaissance.

Im Mittelpunkt der neoklassischen Position steht eine Marktpolitik, die

zur Freisetzung der Antriebskräfte des Marktes und damit zur Dynamisierung des privatwirtschaftlichen Systems führen soll. So lokalisieren der »Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung« und andere Vertreter dieser Position die Hauptursache der gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme in gestörten *Angebotsbedingungen.* Diese seien vor allem beeinträchtigt durch: eine expansive Lohnpolitik der Gewerkschaften, die Beanspruchung einer hohen Quote der gesamtwirtschaftlichen Ressourcen durch den Staat, ein Steuersystem, das die investive Einkommensverwendung nicht ausreichend begünstige, durch Überlagerung des privatwirtschaftlichen Sektors mit staatlichen Regulierungen, durch gerichtliche Blockierung von Großprojekten, was die Investitionszurückhaltung (den »Attentismus der Unternehmer«) weiter verstärke, sowie allgemein durch eine weitreichende Infragestellung der ordnungspolitischen Prinzipien des marktwirtschaftlichen Systems.

In der wirtschaftspolitischen Strategiediskussion steht dem neoklassischen Grundkonzept zufolge der Investitions-Profit-Mechanismus im Vordergrund: Durch eine betont zurückhaltende Lohnpolitik und entsprechende Begünstigung der Gewinneinkommen, durch Reduzierung der Staatsquote *(»Spar-Haushalte«),* durch ein leistungsmotivierendes Steuersystem, den generellen Abbau staatlicher Interventionen und durch Schaffung eines wachstumsfreundlichen Klimas soll die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und im besonderen die Beseitigung der Arbeitslosigkeit erreicht werden. Dagegen wird ein Bedarf an stärker gestaltenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen verneint, mit dem Argument, daß einerseits der Staat nicht über die notwendigen Informationen verfüge und andererseits der Markt die beste Institution zur Abwicklung eines erforderlichen Strukturwandels sei.

Auch die negativen Folgen (bzw. Voraussetzungen) des Wachstums – das »Umwelt-, das Verteilungs- und das Technologieproblem« – sind für die Vertreter der neoklassischen Position in aller Regel kein Grund für eine kritischere Einschätzung der Leistungsfähigkeit des Marktmechanismus, sondern geben bestenfalls Hinweise auf nicht ausreichende Anpassung der staatlich gesetzten Rahmenbedingungen des Wirtschaftens an neue Erfordernisse.

Gegen die von der neoklassischen Denkrichtung vorgeschlagene wirtschaftspolitische Strategie lassen sich eine Fülle von kritischen Argumenten vorbringen. Die konservativste Variante der neoklassischen Position – die Behauptung der absoluten Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft – hat *Hajo Riese* mit dem Begriff »Selbstneutralisierung der Wirtschaftspolitik« charakterisiert. Der Abbau der staatlichen Wirtschaftstätigkeit kann den Prozeß der Kontraktion von Einkommen, Angebot und Nachfrage, gefährlich beschleunigen (»Kaputtsparen«). Gegen die behauptete Wirksamkeit staatlicher Begünstigung der Gewinneinkommen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung läßt sich beispielsweise – von verteilungspolitischen Argumenten ganz abgesehen – einwenden, daß zunehmende Gewinne nicht automatisch zu steigenden Investitionen führen;

auch ist der Zusammenhang zwischen vermehrter Investition und zusätzlicher Nachfrage nach Arbeitskräften keineswegs eindeutig. Es ist insofern ein Fehler der meisten wirtschaftspolitischen Diagnosen, zu sehr den Mechanismus der Anhebung der Gewinne als Voraussetzung der Investitionstätigkeit zu betonen, und dies vor allem aus folgendem Grund: Erweiterungsinvestitionen – worauf die unterstellte Ziel-Mittel-Relation von Mehrbeschäftigung und Wirtschaftswachstum durch Gewinnbegünstigung baut – sind nicht der Normalfall unternehmerischen Investitionsverhaltens. Wenn die längerfristigen Absatzchancen als unsicher gelten, wird vielmehr Rationalisierung und Kapitalintensivierung im Sinne der Substitution von Arbeit durch Kapital zum dominierenden Investitionstypus; Gewinnsicherung wird dabei innerbetrieblich nicht über Mengenausweitung, sondern über (relative) Lohnkostensenkung betrieben. Und der Staat als Träger der Wirtschaftspolitik gerät dann in das Dilemma, daß die Mittel, die er (direkt oder indirekt) zur Investitionsförderung bereitstellt, kontra-produktiv wirken, d.h. nicht zur Lösung, sondern zur Verschärfung des Beschäftigungsproblems beitragen.
Gegen die Vorstellung, das »Umwelt- und Rohstoffproblem« über den Marktmechanismus lösen zu wollen, ist u.a. vorzubringen, daß die erforderliche Veränderung der Rahmenbedingungen des Marktes *(»Internalisierung der externen Effekte«)* entweder nicht durchsetzbar und/oder daß die entsprechenden Marktergebnisse (wie etwa die der Ölpreissteigerung) verteilungsmäßig nicht akzeptabel sind – und staatliche Wirtschaftspolitik insofern zu einer (indirekten) Unterstützung der Umweltverschmutzer, der Rohstoffproduzenten und -distributeure degenerieren kann.
Ungeachtet dieser (und weiterer) Gesichtspunkte hat die neoklassische Denkrichtung einen dominierenden Einfluß auf die praktische Wirtschaftspolitik erhalten und aus dem Kreis der professionellen Ökonomen im Inland wie im Ausland eher Zulauf als Abwanderung erfahren.

Keynesianische Strategien

Im (neo-)keynesianischen Konzept spielt die Nachfragesteuerung eine entscheidende Rolle, und zwar aus der Überzeugung heraus, daß das marktwirtschaftliche System zur Instabilität tendiert, wodurch länger andauernde Arbeitslosigkeit möglich wird, ohne daß im ausreichenden Maße gegenwirkende »Selbstheilungskräfte des Marktes« mobilisiert werden. Zur Sicherung der Beschäftigung sei folglich eine permanente staatliche Steuerung des Niveaus der *gesamtwirtschaftlichen Nachfrage* erforderlich.
In bezug auf die Überwindung der vorliegenden Arbeitslosigkeit stellen auch keynesianische Strategien ab auf die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums. Im Unterschied zur neoklassischen Position konzentriert sich die Ursachenerklärung jedoch auf die mangelnde Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten und der Maßnahmenkatalog auf

die Anhebung der Massenkaufkraft mit Hilfe aktiver Lohnpolitik, beschäftigungsorientierter Haushalts- und Subventionspolitik (»kompensatorische Budgets«) und expansive Einstellungspolitik des Staates, d.h. letztlich des weiteren Ausbaus, nicht des Abbaus der ökonomischen Funktionen des Staates *(»aktive Beschäftigungspolitik«)*.

Über die Betonung der Notwendigkeit der Ausweitung der privaten und staatlichen Nachfrage und der Forderung nach expansiver Personalpolitik des Staates hinaus haben die neo-keynesianisch geprägten Strategievorschläge, die in den letzten Jahren in der Bundesrepublik unterbreitet worden sind, ein »zweites Bein« erhalten: die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, wobei deren Ausgestaltung zugleich umstritten ist (→ Wirtschaft, S. 22ff; Hödl/Seifert, S. 421ff). Da die Neo-Keynesianer von der Notwendigkeit der Ergänzung des privatwirtschaftlichen Entscheidungskalküls um gesamtwirtschaftliche Kriterien ausgehen, sind sie auch (zunehmend) unbefangen, bestimmte Bedarfsfelder anzugeben, auf die hin staatliche Wirtschaftspolitik ausgerichtet sein sollte (z.B. Stadtsanierung, Energie- und Wärmeeinsparung, Gesundheitswesen, Sozialarbeit). Der normative Charakter der im Rahmen keynesianischer Strategien vorgeschlagenen konkreten Aktionsprogramme ist daher gelegentlich stark ausgeprägt.

Trotz dieser strukturpolitischen Ergänzung, die die keynesianische Position in den letzten Jahren erfahren hat, lassen sich auch im Hinblick auf die unterstellte und vermutete Wirksamkeit entsprechender staatlicher Aktionsprogramme angesichts der vorliegenden Problemkonstellation eine Reihe von Gegenargumenten vorbringen. Eine Argumentationskette besteht darin, daß die Auswirkungen einer Expansionspolitik auf inflatorische Prozesse der Wirtschaft tendenziell unterschätzt werden, daß der globale Ansatz keynesianisch inspirierter Strategien nach wie vor dominant ist und damit die in der konkreten Struktur des induzierten Investitionsvolumens liegenden und daraus folgenden »Beschäftigungs- bzw. Freisetzungseffekte« zu wenig beachtet werden. Sowohl der »Umwelteffekt« als auch der »Verteilungseffekt« zusätzlicher Nachfrage können bei unveränderter Produktionsstruktur sehr wohl negativ sein.

Globalsteuerung ist weder in der Lage, die Struktur der Zielgrößen (Beschäftigung usw.) ausreichend zu bestimmen, noch die negativen Effekte der betreffenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen hinreichend zu kontrollieren (als jüngstes Beispiel seien nur die katastrophalen strukturellen Auswirkungen der restriktiven allgemeinen Geldpolitik genannt). Insbesondere muß auch die Möglichkeit, durch Anhebung der Massenkaufkraft Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zugleich zu erreichen, angezweifelt werden. Aus unternehmerischer Sicht sind Erweiterungsinvestitionen nur sinnvoll, wenn eine dauerhafte Steigerung der Nachfrage zu erwarten ist; staatlich gestützter Nachfrage fehlt diese Sicherheit. Konjunkturpolitik ist kurzfristige Politik, mit dem Effekt, daß die (kurze) Zeit der Mehrnachfrage eher intensiv (durch Preisanhebung), aber nicht extensiv (durch Mengenausweitung) genutzt wird.

Insofern verliert die Ausweitung der Produktionsmenge als strategische Variable für die Unternehmen relativ an Bedeutung, der Preis wird primärer Ansatzpunkt der Gewinnsicherung. Keynesianische Wirtschaftspolitik gerät aber auch angesichts vermachteter Märkte in ein Dilemma: Die staatliche Anhebung der Massenkaufkraft fördert kontra-produktive unternehmerische Abwehrreaktionen (Preisanhebung, Produktionsverweigerung), da sie den Unternehmern als Bevorzugung der Lohneinkommen erscheint – und hierfür liefern die staatlichen Maßnahmen auch noch den finanziellen Spielraum.
Es ist sehr fraglich, ob die bisher ausgearbeiteten Strategien neo-keynesianischer Wirtschaftspolitik wirklich eine tragfähige Grundlage für die langfristige Bewältigung des Beschäftigungsproblems liefern können. Ohne weitere Strukturierung der Ziele, der Instrumente und Institutionen bleibt keynesianische Politik unvollkommen und lückenhaft – ganz abgesehen von der Chance ihrer praktischen Verwirklichung. Eine weitere Strukturierung aber löst letztlich das keynesianische Paradigma wieder auf, indirekte, globale Politik der Nachfragesteuerung in einem ansonsten marktwirtschaftlichen System zu sein.
Fazit: Angesichts der vorliegenden wirtschaftlichen Problemkonstellation haben die »Marktpolitik neoklassischer Provenienz« und die »keynesianische Politik der globalen Nachfragesteuerung« ihre je spezifischen Schwächen und Defizite. Aus dem ersten Konzept folgt – am kürzesten gefaßt – die Notwendigkeit der Gewinnsicherung, wobei Lohninteressen in den Hintergrund gerückt werden. Aus dem zweiten Konzept folgt – am kürzesten gefaßt – die Notwendigkeit der Lohnsicherung, wobei Kapitalinteressen in den Hintergrund geraten, was zu unternehmerischen Abwehrreaktionen führen wird. Beiden Grundpositionen gemeinsam ist die hohe Präferenz für quantitatives Wirtschaftswachstum. Beiden fehlt es dagegen weitgehend an Sensibilität in bezug auf die Umweltproblematik.

3. Ansatzpunkte alternativer wirtschaftspolitischer Strategien

Die Kritik an Neoklassik und Keynesianismus entstand, weil die orthodoxe Wirtschaftspolitik beschäftigungsloses Wachstum nicht verhindern und qualitatives, umwelt- und sozialverträgliches Wachstum nicht garantieren kann; sie setzt an bei der Infragestellung traditioneller ökonomischer Begriffe (wie Produktivität), Ziele (wie Wachstum) und Ziel-Mittel-Relationen (wie Beschäftigung durch Wachstumspolitik); sie reicht bis zur Forderung nach grundsätzlich anderen Verhaltensweisen und neuen Aufgabenstellungen der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Akteure.

Neubewertung der Ergebnisse des Wirtschaftens, Neubestimmung der wirtschaftspolitischen Ziele

Die allgemeine Wachstumskritik, die zu Beginn der 70er Jahre einsetzte, hat aufgrund unterschiedlich differenzierter Analyse zu zwei sich voneinander abhebenden strategischen Positionen geführt: *»Nullwachstum«* und *»qualitatives Wachstum«*.
Ein (weltweit) exponentiell ansteigendes materielles Produktionsvolumen steht dem Trend zur absoluten Verknappung bestimmter Energieträger und Rohstoffe entgegen, wie auch der nur begrenzten Aufnahmekapazität der natürlichen Umwelt, was Schadstoffe aus Produktion und Konsumtion betrifft. Aus der Zukunftsvision eines sich verschärfenden Kampfes um Rohstoffe einerseits und einer zunehmenden Umweltzerstörung andererseits entsteht – unter Annahme einer nur geringen Anpassungsbereitschaft der modernen Wachstumsgesellschaften – für eine Gruppe von Ökonomen die Forderung nach *»Nullwachstum«*, wenn nicht weltweit, so doch zumindest in den hochentwickelten (überentwickelten) Ländern und Regionen. Nationale Wirtschaftspolitik denkt nicht in weltweiten Zusammenhängen, was einer der Gründe dafür sein mag, daß diese Position nicht viele Anhänger hat.
Dagegen hat die Forderung nach *»qualitativem Wachstum«* eine vergleichsweise große Zustimmung in der wirtschaftspolitischen Strategiediskussion gefunden und als Begriff auch Einzug in die offizielle Wirtschaftspolitik gehalten. Eine Ursache für diese breite Resonanz ist sicherlich die Unbestimmtheit des Begriffs; letztlich mag jeder etwas anderes darunter verstehen. Umgekehrt betrachtet: Die allgemeine Akzeptanz des Begriffes schwindet mit seiner Konkretisierung. Die Konkretisierung reicht von der Vorstellung, »qualitatives Wachstum« als Wachstum der Produktion mit verringertem Energieeinsatz je Produkteinheit zu begreifen, bis zu der Vorstellung, daß »qualitatives Wachstum« nur immateriell definiert werden könne.
Ein Ansatzpunkt der Diskussion um qualitatives Wachstum entstand aus der Kritik am herkömmlichen Wachstumsbegriff, der die Zunahme der Summe der marktgängigen Güter und Dienstleistungen (reales BSP) meint und eine Parallelität von Wirtschaftswachstum und Steigerung der Wohlfahrt der Bevölkerung unterstellt. Diese Kritik weist nach, daß unter den gegebenen Bedingungen gemessenes Wirtschaftswachstum nicht qualitatives Wachstum sein kann, weil das herkömmliche betriebs- und volkswirtschaftliche Rechnungswesen unvollständig ist und fehlerhafte Bewertungen aufweist. Aus dieser Überlegung heraus sind Kriterien für ein qualitatives Wachstum entwickelt worden, die neben das als zu eng erkannte bisherige Wachstumskriterium treten. Es sind dies die Kriterien der *»Umweltverträglichkeit«*, der *»Beschäftigungs- und Sozialverträglichkeit«*, der *»Verteilungsgerechtigkeit«* des Wirtschaftens. Durch eine derart erweiterte Verträglichkeitsprüfung soll der Wirtschaftsprozeß qualitativ bestimmt werden; die danach resultierende Zunahme des Sozialprodukts

(»Wirtschaftswachstum«) ließe sich dann als qualitativ bezeichnen. Vor diesem Hintergrund sind entsprechende Meß-, Bilanzierungs- und Steuerungskonzepte entwickelt worden, wie: Ökologische Buchhaltung; Sozialbilanz; Wohlfahrtsbilanz usw.
Neben dem Vorschlag zur Einführung und Anwendung neuer Bilanzierungsmethoden sind im Rahmen der alternativen wirtschaftspolitischen Grundpositionen auch Vorschläge zur Neuformulierung des gesamtwirtschaftlichen Zielkataloges gemacht worden. Ausgehend von der Auffassung, daß die Lösung der heutigen Wirtschaftsprobleme grundsätzliche Veränderungen im Wertesystem der Gesellschaft voraussetzt, die langfristige Sicherung der Lebensgrundlagen aber weder in der Theorie noch in der Praxis als explizites Ziel der Wirtschaftspolitik begriffen wird, entstand die Forderung nach Erweiterung des gesamtwirtschaftlichen Zielkataloges der Wirtschaftspolitik durch das Ziel *»Umweltstabilisierung«*. Die besondere Aufmerksamkeit der Wirtschaftspolitik müßte dann der Harmonisierung der Ziele »Umweltstabilität«, »Vollbeschäftigung« und »Preisstabilität« gelten, wozu zugleich eine Ergänzung des herkömmlichen wirtschaftspolitischen Instrumentariums erforderlich wird.

Neubestimmung wirtschaftspolitischer Instrumente, Neubewertung von Ziel-Mittel-Relationen

Ansatzpunkte alternativer wirtschaftspolitischer Strategien liegen also nicht nur in der Neubewertung der Ergebnisse des Wirtschaftens, der stärkeren Qualifizierung der Ziele und der Erweiterung des gesamtwirtschaftlichen Zielkataloges, sondern auch in der Neubestimmung wirtschaftspolitischer Instrumente und in der Neubewertung bestimmter Ziel-Mittel-Relationen. In diesem Zusammenhang ist zwei Faktoren eine besondere Bedeutung zuzumessen: *»Arbeit«* und *»Technologie«;* zwei Politikbereiche erhalten ein besonderes Gewicht: »Arbeitsmarkt- und Technologiepolitik«.
Kaum ein gesellschaftliches Phänomen hat in den letzten Jahren eine so umfassende Neubewertung erfahren wie die *technologische Entwicklung.* Kaum ein Thema findet unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen in jüngster Zeit ein solches Interesse wie das der *Arbeitszeit.*
Die Diskussion um die Voraussetzungen und die vielfältigen Konsequenzen neuer technischer Entwicklungen ist nicht bei bloßer Kritik stehengeblieben, sondern hat zu konkreten Vorschlägen über notwendige Reformen der Steuerung des technischen Wandels im Sinne sozial, ökonomisch und ökologisch besser angepaßter Technologien geführt. Die Wirkungen des technischen Wandels auf die verschiedenen Dimensionen der individuellen Lebensqualität und die gesamtwirtschaftlichen und -gesellschaftlichen Ziele sollten systematisch ermittelt, bewertet und mit den potentiellen privatwirtschaftlichen Vorteilen verglichen werden, bevor eine Entscheidung über die Genehmigung, über Förderungsmaßnahmen oder

Vorgabe bestimmter Rahmenbedingungen gefällt wird. Es gibt zwar bisher noch kein allgemein akzeptiertes Verfahren einer solchen *»Technologiefolgen-Abschätzung«*, aber es gibt eine Fülle von Vorschlägen und Erfahrungsberichten zu ihrer konkreten Ausgestaltung und Institutionalisierung innerhalb wie außerhalb der staatlichen Verwaltung (→ Öko-Almanach 1980, S. 22ff).
Im Rahmen der Überlegungen zur Anpassung der technologischen Entwicklung haben Vorschläge, die den Energieeinsatz zu einer strategischen Variablen der Wirtschaftssteuerung machen, besondere Beachtung gefunden: *»Stabilisierung des Energieeinsatzes«* (Nullwachstum des Energieverbrauchs) oder, weniger drastisch, zügige *»Entkoppelung von Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum«*.
Ähnlich kontrovers wie die Frage der stärkeren Kontrolle der technologischen Entwicklung ist auch die Debatte um die *wirtschaftspolitische Aktivierung der Arbeitszeit*. Parallel zur Forderung nach einem »Recht auf Arbeit« und verbunden mit dem Anspruch auf »Humanisierung der Arbeit« sind zahlreiche Vorschläge zu einer arbeitszeitelastischen und eine relative Reduzierung des Arbeitsangebotes bewirkenden Strategie entstanden (Senkung der Lebens-, Jahres- oder Wochenarbeitszeit; jobsharing; Sabbatjahr; Normierung der 35-Stunden-Woche in der Arbeitszeitverordnung; Zuschlagspflicht für Überstunden usw.).
Die Reduzierung der Arbeitszeit kann (sollte) ein eigenständiges politisches Ziel sein. Eine besondere ökonomische Begründung läßt sich aus dem Mangel an freier Zeit, die für den Konsum der produzierten Güter zur Verfügung steht, ableiten: Die Zeit, in der ein Konsumgut hergestellt wird, läßt sich im Durchschnitt sehr viel weiter verringern als die Zeit, die für den Konsum eines Gutes erforderlich ist! (Linder, Scherhorn).
Die Schätzung der Höhe des positiven Beschäftigungseffektes der aktiven Arbeitszeitverkürzung (und Arbeitsflexibilisierung) ist allerdings höchst umstritten. Er hängt u. a. ab von der konkreten Form der Arbeitszeitverkürzung, der tatsächlichen Flexibilität der Betriebsstrukturen, dem Zeitpunkt, der bei der Einschätzung der Wirkungen gewählt wird – und natürlich auch den Realisierungschancen der Vorschläge, die wiederum von der formellen Zuständigkeit bedingt sind und vom politischen Durchsetzungswillen abhängen. Man kann feststellen, daß der positive Beschäftigungseffekt arbeitszeitverkürzender Maßnahmen als um so *geringer* eingeschätzt wird, je *stärker* man einer Lösung der anstehenden Beschäftigungsprobleme durch rasches quantitatives Wirtschaftswachstum anhängt – und umgekehrt: daß er mit zunehmendem Wachstumsskeptizismus größeres Gewicht erhält.

4. Ausblick

Nach dieser Betrachtung des Problems der Arbeitslosigkeit sollte deutlich geworden sein, daß angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Problemkonstellation und der sich abzeichnenden neuen Bedingungen der

wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie hier beschrieben wurden, überkommene wirtschaftspolitische Weisheit nicht mehr ausreicht. Es bedarf erheblicher intellektuell-konzeptioneller und praktisch-politischer Anstrengungen in Richtung einer *alternativen Wirtschaftspolitik,* die neue Grundprinzipien, neue Ziele, neue Instrumente und neue Institutionen umfaßt. Erst wenn man die Gesamtwirklichkeit neu ordnet, kommt man zu anderen ökonomischen Ansätzen (E. Eppler). Die wirtschaftliche Problemkonstellation ist zu komplex, als daß die üblichen Antworten darauf noch überzeugen könnten; sie erfordert ein viel höheres Maß an geistiger Beweglichkeit, an Bereitschaft und Fähigkeit zum praktischen Experiment. Eine Wirtschaftspolitik entlang orthodoxen Orientierungswissens scheitert aus vielen praktischen Gründen, was eigentlich Rückwirkungen auf die Theorie haben müßte; die stärkere Öffnung der ökonomischen Theorie gegenüber den geänderten gesellschaftlichen Bedingungen ist jedenfalls dringend erforderlich.

Literaturauswahl

Arbeitsgruppe »Alternative Wirtschaftspolitik« (Hrsg.): »Memorandum: Gegen konservative Formierung – Alternativen der Wirtschaftspolitik«, Köln 1980.

Binswanger, H.C. u.a.: »Der NAWU-Report. Wege aus der Wohlstandsfalle«, Frankfurt a.M. 1978.

Binswanger, H.C. u.a.: »Arbeit ohne Umweltzerstörung. Strategien für eine neue Wirtschaftspolitik«, Frankfurt a.M. 1983.

Huber J. (Hrsg.): »Anders arbeiten – anders wirtschaften«, Frankfurt a.M. 1979.

Huetig, R.: »New Scarcity and Economic Growth. More Welfare through Less Production?« Amsterdam 1980.

Jaenicke, M.: »Wie das Industriesystem von seinen Mißständen profitiert«, Opladen 1979.

Kunz, G. (Hrsg.): »Die ökologische Wende«, München 1983.

Leipert, C. (Hrsg.): »Konzepte einer humanen Wirtschaftslehre«, Frankfurt a.M. 1982.

Meißner, W. und E. Hödl: »Auswirkungen der Umweltpolitik auf den Arbeitsmarkt«, Bonn 1978.

Müller-Witt, H. (Hrsg.): »Arbeitsplätze contra Umwelt«, Freiburg i.Br. 1980.

Simmert, D.B. (Hrsg.): »Wirtschaftspolitik – kontrovers«, Köln 1980.

Simonis, U.E. (Hrsg.): »Ökonomie und Ökologie«, 2. erg. Aufl., Karlsruhe 1983.

Strasser, J. und K. Traube: »Die Zukunft des Fortschritts«, Bonn 1981.

Thienen, U.: »Technikfolgen – Abschätzung und sozialwissenschaftliche Technikforschung« (Bibliographie), Berlin 1983.

Ullmann, A.A. und K. Zimmermann: »Umweltpolitik und Umweltschutzindustrie in der Bundesrepublik Deutschland«, Berlin 1981.

Zinn, K.G. (Hrsg.): »Strategien gegen die Arbeitslosigkeit«, Frankfurt a.M., Köln 1977.

Zohlnhöfer, W. (Hrsg.): »Wachstumsminderung und soziale Gerechtigkeit«, Limburg 1982.